

IRAN: INNERE KRISE UND WESTLICHER HANDLUNGSSPIELRAUM

Die innenpolitische Krise im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 2009 stellt Irans vorwiegend religiös legitimierte politische Ordnung grundlegend in Frage. Oppositionelle Demonstranten und Regimetreue stehen sich zunehmend unversöhnlich gegenüber. Gleichzeitig vertiefen sich die Konflikte innerhalb der iranischen Machtelite. Während der endgültige Ausgang der innenpolitischen Konfrontation weiterhin ungewiss bleibt, sind im Atomstreit mit dem Westen trotz der offenkundigen Schwächung des iranischen Regimes keine Fortschritte zu erwarten.



Siegesgewiss: Mahmud Ahmadinejad nach seiner Stimmabgabe bei den Präsidentschaftswahlen 2009, Teheran, 12. Juni 2009. REUTERS / Ahmed Jadallah

Die Wahlen vom 12. Juni 2009

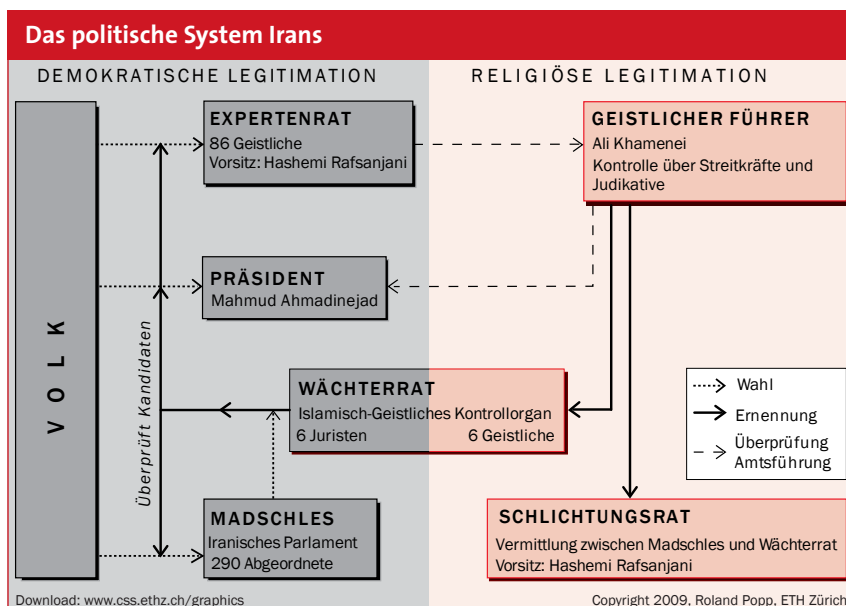
Wohl kaum ein Beobachter der politischen Lage in Iran sah eine Krise im Kontext der Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 2009 vorher. Bereits im Vorfeld hatte der Wächterrat nur vier Kandidaten aus nahezu fünfhundert Bewerbern zur Wahl zugelassen. Trotz der bescheidenen Regierungsbilanz der vergangenen fünf Jahre galt die Wiederwahl des Amtsinhabers Ahmadinejad als gesichert. Noch nie war einem amtierenden Präsidenten eine zweite Amtszeit verwehrt geblieben. Hinzu kam die unverhohlene Unterstützung Ahmadinejads durch den religiösen Führer Ali Khamenei sowie vor allem die perzipierte Schwäche der Gegenkandidaten, nachdem der bekannteste Reformler, der ehemalige Staatspräsident Mohammad Khatami (1997–2005), auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte.

Die umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 2009 und die darauf folgende Protestwelle haben die Islamische Republik Iran in die grösste Krise ihres Bestehens gestürzt. Die Demonstrationen und gewaltsamen Auseinandersetzungen in Teheran und einigen Provinzstädten, aber auch die immer deutlicher hervortretenden Konfliktlinien innerhalb der iranischen Führungselite haben eine Dynamik entfaltet, die einen grundlegenden Wandel der politischen Ordnung in Gang setzen könnte. Seit der Revolution von 1978/79 bestimmten vorwiegend Fragen nach der Rolle der Religion in der Politik die internen Debatten. Infolge der jüngsten Ereignisse rund um die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad ist der für die moderne Geschichte Irans charakteristische Gegensatz zwischen autoritärer

Herrschaft auf der einen und konstitutionellen und demokratischen Bestrebungen auf der anderen Seite wieder verstärkt in den Vordergrund getreten. Dieser traditionelle Dualismus überlagert zunehmend die Frage nach dem Stellenwert der Religion und auch den die jüngere Vergangenheit prägenden Gegensatz zwischen Konservativen und Reformern.

Angesichts der grundsätzlichen Infragestellung der Legitimität des religiös begründeten Herrschaftssystems durch diese Ereignisse ist dessen Fortbestehen in seiner derzeitigen Form zumindest in langfristiger Perspektive nicht gesichert. Von der Weiterentwicklung des innenpolitischen Machtkampfs hängt auch der Fortgang im Atomstreit zwischen Iran und dem Westen ab.

Während des Wahlkampfes entfaltete sich jedoch eine bislang in Iran unbekannt Dynamik. Gespeist wurde sie sowohl aus der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der zunehmenden Repression und der Einschränkung persönlicher Rechte als auch aus der bedenklichen wirtschaftlichen Gesamtlage mit massiver Inflation und hoher Arbeitslosigkeit. Eine wichtige Rolle spielte auch die von der eigenen Siegesgewissheit beeinflusste Entscheidung der Ahmadinejad-Regierung, die staatliche Kontrolle und Gängelung der Opposition während des Wahlkampfes abzumildern. Diese Massnahme zur Schaffung quasi-demokratischer Legitimation für eine zweite Amtsperiode Ahmadinejads entwickelte sich zu einem politischen Bumerang. Dem zuvor als farblos geltenden Gegenkandidaten Mir-Hossein Mousavi



gelang es vor der Wahl, über die traditionellen urbanen Wählerschichten der Reformer hinaus weite Teile der Bevölkerung anzusprechen. Die Grosskundgebungen der Moussavi-Kampagne, deren bislang in Iran unbekannte Organisations- und Mobilisierungsmethoden über das Internet und die missglückte Handhabung der erstmals im öffentlichen Fernsehen übertragenen Debatten der Präsidentschaftskandidaten durch den Amtsinhaber liessen den Ausgang der Wahl als völlig offen erscheinen.

Umso erstaunlicher waren die noch am Wahlabend bekannt gegebenen, offiziellen Resultate. Diesen zufolge hatten sich etwas mehr als 62% der fast 40 Millionen Wählenden bereits im ersten Wahlgang für Ahmadinejad entschieden. Der Präsident hatte bei den Stichwahlen von 2005 zwar einen ähnlichen Prozentsatz der Stimmen erreichen können. Eine Reihe von Indizien lassen das Ergebnis allerdings höchst fragwürdig erscheinen. Insbesondere die Ergebnisse aus den Provinzen, die bisweilen einen Popularitätszuwachs des Präsidenten bei den ethnischen Minderheiten um das Sechs- bis Siebenfache voraussetzen, sind unglaublich. Auch das Verhalten des Regimes am Wahltag – die rasante Stimmenaushaltung, die Konzentration starker Sicherheitskräfte in den Städten und die Ausschaltung webbasierter sozialer Netzwerke und des Mobilfunknetzes – lässt den Vorwurf des Wahlbetrugs plausibel erscheinen.

Die unmittelbar nach der Bekanntgabe der Ergebnisse einsetzende Protestbewegung entwickelte innerhalb weniger Tage die Züge einer Volksbewegung. Ausmass und soziale Zusammensetzung der Protestdemonstrationen sowie deren Behar-

ren gegenüber Repressionsmassnahmen besaßen eine in Iran bislang einmalige Dimension. Gewaltsame Gegenmassnahmen, insbesondere der Einsatz der regimetreuen Basij-Miliz, und damit einhergehende Verhaftungswellen konnten die anfänglichen Grossdemonstrationen beenden. Trotz gewaltsamer Unterdrückung werden die Proteste in kleinerem Rahmen fortgesetzt. So kam es beispielsweise anlässlich von Ahmadinejads Amtseinführung Anfang August zu erneuten Protesten. Die zunehmende Repression, die Foltrevorwürfe gegen die Sicherheitskräfte und die in ihrer Wirkung auf die öffentliche Meinung eher kontraproduktive Schauprozesse gegen Oppositionelle verschärfen umgekehrt die Konflikte *innerhalb* des konservativen Lagers selbst. Die für den Regimeerhalt unabdingbare Geschlossenheit der iranischen Machtelite droht zu zerfallen.

Innere Widersprüche

Die für Konzeption wie Wirklichkeit der Islamischen Republik so charakteristischen Widersprüche haben entscheidend zur Entstehung der Krisensituation beigetragen. Die Einzigartigkeit der politischen Ordnung Irans ergibt sich dabei aus einem historischen Sonderweg. Innere Verfasstheit und Regierungssystem Irans sind zum einen geprägt durch die Ende des 19. Jahrhunderts aufkommende nationalistisch-konstitutionelle Bewegung, die durch westlich-aufklärerische Ideen geprägt war. Dieser traditionelle Gegensatz zwischen monarchischer Autokratie des Schahs und konstitutionell-demokratischen Bewegungen wurde im Zuge der islamischen Revolution von 1978/79 zusätzlich überlagert von der alternativen Idee einer religiös begründeten Herrschaftsform.

Die Verfassung der Islamischen Republik widerspiegelt somit sowohl westlich-republikanische Vorstellungen von Volkssouveränität und Gewaltenteilung als auch eine Umsetzung der Ideen des Revolutionsführers Ayatollah Khomeiny, der sogenannten «Herrschaft der (islamischen) Schriftgelehrten».

In der Kontroverse um den Wahlausgang sind diese älteren Gegensätze erneut hervorgetreten. Sie überlagern zunehmend die das vergangene Jahrzehnt prägenden Fraktionierungen zwischen Reformern, pragmatischen Konservativen und den häufig als «Neokonservative» titulierten ultrakonservativen «Prinzipientreuen». Die massgeblich durch die Unterstützung des geistlichen Führers in die Zentren der Macht vorgedrungenen Neokonservativen um Ahmadinejad stellen den republikanischen (Teil-)Charakter Irans grundsätzlich in Frage und geben der religiösen Herrschaftslegitimation einseitig den Vorzug. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre waren in der Folge kaum noch geprägt vom Gegensatz zwischen Reformern und Konservativen – bedeutender war die zunehmende Spaltung des traditionellen konservativen Lagers in Befürworter und Gegner dieser neokonservativen Ideen. Verstärkt wurden diese Gegensätze durch sozio-ökonomische Interessenunterschiede zwischen den Fraktionen und nicht zuletzt durch persönliche Animositäten, vor allem zwischen Ahmadinejad und dem häufig als pragmatisch eingestuften Ex-Präsidenten (1989–1997) Ali Akbar Hashemi Rafsanjani.

Gelenkter Pluralismus ausser Kontrolle

Bei aller Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten konservativen Lagern darf nicht übersehen werden, dass diese Gruppierungen grundsätzlich am Weiterbestehen der religiös begründeten Herrschaft in Iran interessiert sind. Es ist nicht auszuschliessen, dass die konservativen Kontrahenten ihre Gegensätze wenigstens vordergründig beilegen – und sei es allein, um den Erhalt des Regimes sicherzustellen. Gerade die zunehmende Radikalisierung der Demonstranten auf den Strassen, die inzwischen über die Annullierung des offiziellen Wahlergebnisses hinaus Forderungen nach grundsätzlichem Wandel des Systems hin zu einer freiheitlichen und republikanischen bzw. sogar einer säkularen Ordnung stellen, könnte die Kompromissbereitschaft innerhalb der konservativen Elite stärken.

Allerdings ist die Unzufriedenheit über den Präsidenten unter den Konservativen unübersehbar. Ahmadinejads Populismus, seine erratische Wirtschaftspolitik und nicht zuletzt die Behandlung der Wahlen als Akklamation für seine Amtsführung werden für die Staatskrise verantwortlich gemacht. Wichtige konservative Persönlichkeiten haben aus Protest auf eine Teilnahme an der Zeremonie zu seiner Amtseinführung verzichtet. Konservativer Widerstand, insbesondere seitens des Parlaments, gegen die ersten Personalentscheidungen zeigen bereits zu diesem Zeitpunkt, dass Ahmadinejad in der anstehenden zweiten Amtszeit mit weitaus mehr institutionellem Widerstand gegen seine Politik rechnen muss.

Trotz dieser Unzufriedenheit innerhalb der klerikalen Elite ist eine kurzfristige Ablösung Ahmadinejads – als Ersatzkandidat wird häufig der Teheraner Bürgermeister Mohammad Ghalibaf genannt – eher unwahrscheinlich. Entscheidend ist die Haltung des religiösen Führers Khamenei. Dieser hat sich bereits öffentlich auf die Seite des bedrängten Präsidenten gestellt. Angesichts der verfassungsrechtlich zentralen Machtstellung Khameneis ist wohl auch ein von einigen Beobachtern für möglich gehaltener Staatsstreich der Ahmadinejad nahe stehenden Revolutionsgarden als unrealistisch einzustufen.

Am wahrscheinlichsten ist somit ein Verweilen Ahmadinejads im Amt, wenn auch mit erheblich begrenztem Spielraum und in geschwächter Position. Beängstigend für die regimetreue Elite ist allerdings das Anhalten der Protestaktionen. Man ist sich des historischen Verlaufs der Revolution von 1978/79 bewusst, als immer wieder aufflammende Demonstrationen über zwölf Monate hinweg den schrittweisen Zusammenbruch der Pahlawi-Diktatur bewirkten. Um die derzeitigen Massenproteste endgültig zu beenden, wäre jedoch ein hohes Mass an Repression notwendig. Ein solches Vorgehen birgt nicht nur die Gefahr einer weiteren Eskalation. Es würde auch die politische Kultur der Islamischen Republik nachhaltig verändern. Die gewaltsame Durchsetzung des umstrittenen Wahlausgangs würde die schein- bzw. semidemokratischen Elemente der politischen Ordnung in der öffentlichen Wahrnehmung zu Attrappen degradieren und den gelenkten Pluralismus seiner Ventilfunktion berauben. Dass die heutigen Demonstranten ihre Protestformen aus der islamischen Revolution entlehnen, belegt die weiterhin bestehende grundsätzliche Legitimität der aus den

Ereignissen von 1978/79 hervorgegangenen Ordnung. Somit steht das Regime vor einem Dilemma: Entweder setzt es seine verbliebene Legitimität durch Niederschlagen der Proteste aufs Spiel, oder es nimmt in Kauf, dass eine zunehmend organisierte und entschlossene Protestbewegung die politische Ordnung durch Druck von der Strasse immer weiter unterminiert.

Irans geschwächtes Regime: Dilemma für den Westen

Die innenpolitischen Verwerfungen wirken sich zwangsläufig auch auf die Verhandlungen Teherans mit dem Westen im Atomkonflikt aus (CSS Analyse Nr. 43 [↗](#)). Trotz der offenkundig gewordenen inneren Schwäche des Regimes und obwohl die Obama-Administration mit der grundsätzlichen Abkehr von den Positionen ihrer Vorgänger erstmals den Weg zu direkten Gesprächen freigelegt hat, ist kaum mit einer Änderung der iranischen Haltung im Atomstreit zu rechnen. Aus Sicht Khameneis und Ahmadinejads dürfte jedes Entgegenkommen gegenüber dem Westen in der Frage der Urananreicherung zum jetzigen Zeitpunkt ein Eingeständnis von Schwäche bedeuten. Zudem würde die mit einem Kompromiss im Nuklearstreit einhergehende wirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Westen jene Einflüsse stärken, die für die Entstehung der Protestbewegung verantwortlich gemacht werden. Gerade die jüngsten Schauprozesse zielten darauf ab, die Oppositionsbewegung als ein vom westlichen Ausland gesteuertes Vehikel zur Zerstörung der Errungenschaften der islamischen Revolution darzustellen. Die propagandistische Behandlung der Proteste, aber auch die genuinen Ängste der iranischen Führung vor einer «samtenen Revolution» lassen eine Annäherung an den Westen in nächster Zukunft als eher unwahrscheinlich erscheinen. Aus der Sicht des bedrängten Regimes wären wohl dagegen eine unnachgiebige Haltung und neue rhetorische Provokationen gegen westliche Staaten und Israel geeignete Mittel, um von den innenpolitischen Spannungen abzulenken und die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren.

Die Atomverhandlungen mit Teheran dürften somit kaum einfacher werden. Für den Westen ergibt sich daraus ein Dilemma, da unbestritten ist, dass sich das Vorgehen der westlichen Regierungen im Nuklearstreit auch auf die innenpolitische Situation in Iran auswirken wird. Es zeichnet sich ab, dass die USA und ihre europäischen Partner trotz der Unruhen in Iran an der bereits vereinbarten Verhandlungsstrategie festhalten

werden. Somit hat Iran noch bis im Herbst dieses Jahres die Möglichkeit, auf das von der Obama-Administration lancierte Gesprächsangebot einzugehen. Sollte Teheran darauf nicht konstruktiv reagieren und inhaltlich zu wenig Kompromissbereitschaft zeigen, werden die westlichen Mächte erneut auf eine Verschärfung der Sanktionen drängen. Im Gegensatz zu vorherigen, eher gemässigten Massnahmen werden dieses Mal gezielte Sanktionen gegen die iranische Energiewirtschaft in Betracht gezogen.

Die Zweckmässigkeit von verschärften Sanktionen zum jetzigen Zeitpunkt ist umstritten. Befürworter hoffen, dass mit einem solchen Vorgehen das intern destabilisierte Regime zum Einlenken und zur Einstellung der Urananreicherung gezwungen werden könne. Kritiker argumentieren, dass die angedachten Sanktionen in erster Linie die breite Bevölkerung treffen würden und letzten Endes nur einen unerwünschten Solidarisierungseffekt mit dem Regime zur Folge hätten. Sie geben zu bedenken, dass die Protestbewegung unter starkem Druck externer Mächte wohl kaum noch in der Lage wäre, eine stark nationalistisch eingestellte Bevölkerung wie die iranische gegen die eigene Regierung zu mobilisieren. Sie plädieren deshalb für eine «strategische Pause» und einen vorläufigen Verzicht auf verschärfte Sanktionsdrohungen, um eine für alle Seiten letztlich nachteilige Instrumentalisierung des Nuklearstreits in der innenpolitischen Auseinandersetzung Irans zu vermeiden.

Ein solches Verhandlungsmoratorium birgt allerdings die Gefahr, dass Teheran dieses zur Fortsetzung oder gar zur Beschleunigung seines Nuklearprogramms nutzen könnte. Somit wären westliche Unterhändler bei einer Wiederaufnahme der Gespräche womöglich mit einem Iran konfrontiert, der bereits de facto nukleares Schwellenland ist. Ob der Westen gewillt ist, ein solches Risiko einzugehen, dürfte nicht zuletzt von der Beurteilung der Frage abhängen, wie der weitere Verlauf der Krise in Iran eingeschätzt wird und ob man sich in den westlichen Hauptstädten von einer allfälligen Veränderung des Regimes in Teheran auch einen fundamentalen Wandel der iranischen Position im festgelegten Atomstreit verspricht.

■ Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

■ Bezug und kostenloses Abonnement:
www.ssn.ethz.ch